

Protokoll 20. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 29. Oktober 2014, 17.00 Uhr bis 19.03 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Raphael Kobler (FDP), Joe A. Manser (SP), Shaibal Roy (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Rebekka Wyler (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/234](#) Weisung vom 09.07.2014: FV
Kongresshaus-Stiftung, Ausnahmegewilligung zur Abordnung von Alfons Sonderegger als städtischer Vertreter im Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung gemäss Art. 9 Abs. 3 VVD
3. [2014/247](#) Weisung vom 20.08.2014: FV
Finanzdepartement, Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Neuwahl der Revisionsstelle für die Amtsdauer 2014–2018
4. [2014/165](#) Dringliche Interpellation von Andreas Kirstein (AL), Isabel Garcia VSS
(GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 21.05.2014:
Bedarf an Schulraum im Schulhaus Birch, Hintergründe zur Schulraumplanung sowie weitere Optionen für die Deckung des Schulraumbedarfs
5. [2014/285](#) E/T Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Gian von FV
Planta (GLP) vom 10.09.2014:
Investorenwettbewerb für ein neues Fussballstadion, grössere Flexibilität für die Projekte
6. [2014/270](#) E/A Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion vom VS
03.09.2014:
Nutzung des Pavillons beim GZ Leimbach für soziokulturelle Aktivitäten der Quartierbevölkerung

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Ratspräsidentin Dorothea Frei (SP) gibt die Absetzung von TOP 9, GR Nr. 2014/264, «Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 27.08.2014: Gedenk Anlass zum 70. Jahrestag des Kriegsendes» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Geschäfte

457. 2014/234

Weisung vom 09.07.2014:

Kongresshaus-Stiftung, Ausnahmegewilligung zur Abordnung von Alfons Sonderegger als städtischer Vertreter im Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung gemäss Art. 9 Abs. 3 VVD

Antrag des Stadtrats

Für die vom Stadtrat vorgenommene Abordnung von Alfons Sonderegger als städtischer Vertreter im Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung für die Amtsperiode 2014–2018 wird – gestützt auf Art. 9 Abs. 3 der Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen – eine Ausnahmegewilligung erteilt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Matthias Probst (Grüne)

Änderungsantrag

Die SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die vom Stadtrat vorgenommene Abordnung von Alfons Sonderegger als städtischer Vertreter im Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung ~~für die Amtsperiode 2014–2018~~ wird – gestützt auf Art. 9 Abs. 3 der Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen – eine Ausnahmegewilligung bis zum 31. Dezember 2016 erteilt.

Zustimmung: Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Urs Fehr (SVP), Eva Hirsiger (Grüne), Tamara Lauber (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Dr. Esther Straub (SP), Katharina Widmer (SVP)

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Eva Hirsiger (Grüne), Tamara Lauber (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP), Dr. Esther Straub (SP)
 Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Katharina Widmer (SVP)
 Enthaltung: Martin Luchsinger (GLP), Niklaus Scherr (AL)
 Abwesend: Adrian Gautschi (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Für die vom Stadtrat vorgenommene Abordnung von Alfons Sonderegger als städtischer Vertreter im Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung wird – gestützt auf Art. 9 Abs. 3 der Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen – eine Ausnahmebewilligung bis zum 31. Dezember 2016 erteilt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 5. November 2014

458. 2014/247

Weisung vom 20.08.2014:

Finanzdepartement, Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Neuwahl der Revisionsstelle für die Amtsdauer 2014 bis 2018

Antrag des Stadtrats

Als Revisionsstelle für die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) für die Amtsdauer 2014–2018 wird die KPMG AG Zürich, Badenerstrasse 172, Postfach, 8026 Zürich, gewählt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Dr. Davy Graf (SP)

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Dr. Davy Graf (SP), Referent; Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Markus Kunz (Grüne), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Dr. Esther Straub (SP), Raphaël Tschanz (FDP) i. V. von Tamara Lauber (FDP), Katharina Widmer (SVP)
 Abwesend: Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 107 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Als Revisionsstelle für die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) für die Amtsdauer 2014–2018 wird die KPMG AG Zürich, Badenerstrasse 172, Postfach, 8026 Zürich, gewählt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 5. November 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

459. 2014/165
Dringliche Interpellation von Andreas Kirstein (AL), Isabel Garcia (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 21.05.2014:
Bedarf an Schulraum im Schulhaus Birch, Hintergründe zur Schulraumplanung sowie weitere Optionen für die Deckung des Schulraumbedarfs

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 818 vom 17. September 2014).

Andreas Kirstein (AL) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

460. 2014/285
Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 10.09.2014:
Investorenwettbewerb für ein neues Fussballstadion, grössere Flexibilität für die Projekte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Dubno (GLP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 344/2014).

Marco Denoth (SP) begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 24. September 2014 gestellten Textänderungsantrag.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er den Teilnehmern am Investorenwettbewerb für ein neues Fussballstadion in der Stadt Zürich eine grössere Flexibilität hinsichtlich ihrer Projekte gewähren kann. Die vom Stimmvolk bewilligte kommunale Wohnsiedlung oder ein adäquater Ersatz soll Teil des Projektes sein.

Samuel Dubno (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 76 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

461. 2014/270
Postulat der SP-, FDP-, Grüne- und CVP-Fraktion vom 03.09.2014:
Nutzung des Pavillons beim GZ Leimbach für soziokulturelle Aktivitäten der Quartierbevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Pascal Lamprecht (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 318/2014).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 17. September 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 80 gegen 34 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

462. 2014/338
Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 29.10.2014:
Metallrückgewinnung aus Kehrrihtschlacke, Rückerstattung der Erlöse an die
Gebührenzahler

Von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) ist am 29. Oktober 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dafür zu sorgen, wie die Erlöse aus der Metallrückgewinnung aus Kehrrihtschlacke dem Konsumenten in geeigneter Weise zurückgeführt werden können.

Begründung:

Die ERZ Entsorgung + Recycling Zürich will beim Kehrrihtkraftwerk Hagenholz die Metallrückgewinnung aus Kehrrihtschlacke verstärken. Mittelfristig sind aus der Metallrückgewinnung substanzielle Erlöse zu erwarten. Die Metalle, darunter auch Gold und Silber, stammen von Konsumenten, welche den Abfall der Kehrrihtentsorgung mitgegeben haben. Sie haben für die Entsorgung bereits Sackgebühren bezahlt.

Die Wertstoffe, insbesondere die Metalle, gehen mit der Entsorgung nicht automatisch ins Eigentum des Staates über. Dazu gibt es keine Rechtsgrundlage. Daher soll der zu erwartende Gewinn dem Konsumenten respektive Gebührenzahler zurückgeführt werden. Es soll eine geeignete Rückzahlungsform ausgearbeitet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

463. 2014/339
Postulat von Albert Leiser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 29.10.2014:
Städtische Schulinfrastruktur, Bereitstellung durch Private

Von Albert Leiser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) ist am 29. Oktober 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie städtische Schulinfrastruktur durch Private erstellt werden könnte. Insbesondere sollen Bauten auf privatem Grund (oder öffentlichem Grund im Baurecht), die zu fixen und einzig der Teuerung und Zinsniveau angepassten Mietverträgen von der Stadt auf 20 Jahre gemietet und die bis zum Ende des festgelegten Lebenszyklus der Bauten mit einseitigen Optionen zur Gunsten der Stadt von jeweils 5 Jahren verlängert werden können, oder ähnliche partnerschaftliche Modelle geprüft werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich soll wachsen und sie wird wachsen. Dies bedeutet einerseits, dass auch neue Schulinfrastruktur notwendig wird. Diese zu erstellen belastet die öffentliche Kasse in sehr hohem Masse. Erschwerend kommt dazu, dass der Schulraumbedarf je nach Quartier und über die Zeit sehr variieren kann. Der zur Verfügung zu stellende Schulraum muss sich aber zwingend an der höchsten Auslastung ausrichten. Die einzige Variable um die Peaks auszugleichen stellt die jeweilige Klassengrösse dar – wobei grosse Klassen allgemein als unerwünscht gelten dürfen. Dies hat zur Folge, dass langfristig teure Überkapazitäten geschaffen werden.

Auf der andern Seite finden sich viele Private (vorab institutionelle Anleger), die in Grundeigentum investieren möchten oder auch dazu auf Grund von Anlagerichtlinien verpflichtet sind in Grundeigentum zu investie-

ren. Für sie könnte es attraktiv sein, vorübergehend Schulinfrastruktur zu erstellen und zu vermieten. Zudem sind sie bedeutend flexibler eine Baute einer Umnutzung zuzuführen, wenn sie nicht mehr für schulische Zwecke gebraucht wird.

Die allfälligen Opportunitätskosten, die entstehen, wenn die Stadt mietet anstatt selber erstellt, werden ohne weiteres durch das Kostenbewusstsein der privaten Ersteller und die Einsparungen, die sich durch die flexible Aufgabe von nicht mehr länger benötigtem Schulraum einstellen, kompensiert oder von diesen gar übertroffen.

Die städtische Investitionsrechnung wird unmittelbar verkürzt und die laufende Rechnung mittel- und langfristig entlastet.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

464. 2014/340
Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom
29.10.2014:
Zusammensetzung des Baukollegiums, Hintergründe zum Auswahl- und Selektionsverfahren

Von Roland Scheck (SVP) und Mauro Tuena (SVP) ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Um die architektonische und städtebauliche Qualität in Zürich sicherzustellen, lässt sich der Stadtrat von einem Baukollegium beraten. Das Gremium, welches durch den Vorsteher des Hochbaudepartements präsiert wird, setzt sich aus externen Fachleuten und Mitgliedern der Verwaltung zusammen, die jeweils für vier Jahre gewählt werden.

Im September 2014 wurde das Baukollegium mit fünf neuen Mitgliedern besetzt. Auffallend ist, dass vier der fünf neuen Mitglieder an ausländischen Fakultäten tätig sind. Dabei handelt es sich um einen Professor an der TU München, einen Institutsleiter an der Universität Stuttgart sowie eine Professorin und einen Professor an der TU Wien.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wer wählt die Mitglieder des Baukollegiums?
2. Wie sieht das Auswahl- und Selektionsverfahren für neue Mitglieder aus?
3. Anhand welcher Eignungskriterien werden neue Mitglieder beurteilt?
4. Wann, wo und in welcher Form hat eine Ausschreibung stattgefunden?
5. Weshalb wurden vier von fünf neuen Mitgliedern ausgewählt, die an ausländischen Fakultäten tätig sind?
6. Welchen Nutzen in Bezug auf Zürichs architektonische und städtebauliche Entwicklung verspricht sich der Stadtrat aus der Einberufung von Kommissionsmitgliedern, die an ausländischen Fakultäten tätig sind?
7. Wie werden die Mitglieder des Baukollegiums entschädigt? Werden Reisespesen ausgerichtet? Falls ja, nach welchen Richtlinien?
8. Weshalb wurden keine Kandidatinnen und Kandidaten berücksichtigt, die an Schweizer Bildungsstätten tätig sind?

Mitteilung an den Stadtrat

465. 2014/341

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2014:
Steuerliche Massnahmen beim Bund und Kanton Zürich, Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Stadt**

Von Matthias Probst (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den letzten Jahren wurden auf Bundes- und Kantonsebene verschiedenste Steuern angepasst und in der Regel gesenkt. Diese Anpassungen, die von den Gemeinden nicht beeinflusst werden konnten, hatten aber trotzdem Auswirkungen auch auf die Gemeindeebene. So kommt es, dass die Stadt Zürich als eine der reichsten Städte der Welt, trotz steigenden Steuereinnahmen nicht in der Lage ist, die steigenden Anforderungen einer ständig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen, ohne mit zahlreichen Sparübungen konfrontiert zu werden. Die Städte werden von den übergeordneten Ebenen so in finanzielle Bedrängnis gebracht. Dabei sind es genau diese übergeordneten Staatsebenen, für die ein ruinöser Standort- und Steuerwettbewerb wichtiger war, als eine nachhaltige Finanzpolitik.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Steuern mit Einfluss auf das Steuersubstrat der Stadt Zürich wurden im Zeitraum zwischen 1998 und 2013 durch den Bund oder den Kanton Zürich gesenkt? Gebeten wird um eine detaillierte Aufstellung, nach Jahren sowie nach den entlasteten Gruppen von Steuersubjekten?
2. Welche Steuern mit Einfluss auf das Steuersubstrat der Stadt Zürich wurden im Zeitraum zwischen 1998 und 2013 durch den Bund oder den Kanton Zürich erhöht? Gebeten wird um eine detaillierte Aufstellung, nach Jahren sowie nach den zusätzlich belasteten Gruppen von Steuersubjekten?
3. Welche Veränderungen der Steuergesetzgebung bei Bund und Kanton Zürich sind zur Zeit in Diskussion? Mit welchen finanziellen Folgewirkungen auf das Steuersubstrat der Stadt ist mit diesen Veränderungen zu rechnen?

Mitteilung an den Stadtrat

466. 2014/342

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 29.10.2014:
Bekämpfung von Betäubungsmitteldelikten, Kosten und eingesetzte Ressourcen sowie Haltung des Stadtrats bezüglich einer Drogenliberalisierung**

Von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Rahmen von 17/0 hat der Stadtrat verschiedene Leistungen der Stadt Zürich überprüft. Ziel war unter anderem, überflüssige Leistungen zu identifizieren und allenfalls zu streichen. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert gewesen, im Polizeidepartement die aktuellen Leistungen ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Von besonderem Interesse sind dabei die Mittel, die für Einsatzkräfte zur Bekämpfung von Betäubungsmitteldelikten eingesetzt werden. Die Stadt Zürich hat seit der Einführung von Ordnungsbussen anstelle von Strafanzeigen bei Cannabiskonsum bisher keine sichtbaren Ressourceneinsparungen erreicht. Im Gegenteil, der Anteil an Gebüssten ist schweizweit einsame Spitze. Während der Rest der Schweiz eine pragmatische Cannabispolitik pflegt, jagt die Stadtpolizei, sogar unter Einsatz von Drogenhunden, immer noch Tag und Nacht CannabiskonsumtInnen und Kleindealer. Dies alles, obwohl die Stadt Zürich der Legalisierungsinitiative im November 2008 mit ca. 75% zugestimmt hat!

Ebenfalls eher wirkungslos scheint der Einsatz gegen so genannte Kugelidealer im Kreis 4 zu sein, der in der Regel in ebenso wirkungslosen Wegweisungen endet. Es scheint, als würde ein grosser Teil der Einsatzkräfte für die sinnloseste aller Polizeiarbeiten - die Repression gegen Betäubungsmittel - verwendet. Dabei gilt es erst noch zu beachten, dass die durchaus erwünschten Ermittlungen gegen die grossen Händler von der Kantonspolizei erledigt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Wie hoch schätzt der Stadtrat den Kostenaufwand, um in der Stadt Zürich die Repression gegen Betäubungsmittel aufrecht zu erhalten?

2. Wieviele Personen sind mit Kriminalität in Zusammenhang mit Betäubungsmitteln (BM) beschäftigt? Es sollen auch die Stundenanteile derjenigen, die sich nur teilweise mit BM beschäftigen, abgeschätzt werden.
3. Wieso hält der Stadtrat an dieser repressiven Drogenpolitik fest?
4. Wie erklärt sich der Stadtrat das unterschiedliche Verhalten der Stadtpolizei Zürich im Vergleich mit der restlichen Schweiz? In welchen Kontext stellt der Stadtrat dabei die konträre Position der Stadtbevölkerung in Bezug auf Drogenliberalisierung im Vergleich zur restlichen Schweiz (Abstimmungsresultat vom Nov. 2008)?
5. Wie gedenkt der Stadtrat, dem Volkswillen in Zukunft besser Ausdruck zu verleihen?
6. Wie schätzt der Stadtrat die Sicherheitslage in der Stadt Zürich in Bezug auf Cannabis ein?

Mitteilung an den Stadtrat

467. 2014/343

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 29.10.2014:

Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse, Planungsstand der Realisierung sowie mögliche Alternativen

Von Matthias Probst (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 17.4.2013 hat der Gemeinderat dem Stadtrat das Postulat 2011 /358 zur Umgestaltung der Josefstrasse überwiesen. Der Postulatstext lautete wie folgt:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Josefstrasse durchgehend als Haupt Velo Achse für das Quartier ausgebaut, bez. zurückgebaut werden kann. Dazu soll der motorisierte Individualverkehr (MIV) so gelenkt werden, dass die Josefstrasse nicht mehr als Durchgangsstrasse von einer Hauptstrasse auf eine andere genutzt werden kann. Die Josefstrasse soll durchgehend als Velobahn mit beidseitig mindestens zwei Meter breiten Spuren mit Dauervortritt mit Ausnahme einer Lichtsignalanlage bei der Überquerung der Langstrasse, markiert werden. Um genügend Platz für dieses Projekt, sowie allfällig sich durch die Verkehrsberuhigung entwickelnde Boulevardgastronomie entlang der Strasse, sollen wo nötig Parkplätze entlang der Josefstrasse aufgehoben oder verschoben werden. Für Schutz und Rettung sind durch geeignete Massnahmen die Strassenräume offen zu halten. Wo sich der Raum dazu bietet, sind durch Bänke oder kleinen Grünflächen der Quartierbevölkerung Möglichkeiten zum Verweilen zu bieten."

Inzwischen wurde die Josefstrasse in einigen Bereichen umgebaut. Zwischen Langstrasse und Röntgenplatz ist eine Begegnungszone entstanden, flankiert mit einer Parkplatzarmada auf beiden Seiten. Richtung Bahnhof ist ausser neuem Asphalt nichts entstanden, Richtung Hardbrücke ist noch nichts passiert. Im Kreis 5 ist der Anteil an Anwohnern, die ein Auto besitzen, im städtischen Vergleich sehr klein. Dank der vorteilhaften Topographie, ist der Veloanteil extrem hoch. Der Stadtrat war auch bereit, das obige Postulat entgegenzunehmen. In diesem Zusammenhang stellen sich nun folgende Fragen:

1. Wie gedenkt der Stadtrat das Postulat 2011/358 umzusetzen?
2. Wieso wurde die Josefstrasse umgestaltet ohne auch nur im Geringsten auf die Forderungen aus dem Postulat einzugehen? Insbesondere interessiert, wieso die Parkplätze für den MIV immer noch zahlreich sind und wieso es keine Veloachse gegeben hat.
3. Wie gedenkt der Stadtrat die Veloführung in der Längsachse durch den Kreis 5 künftig zu ermöglichen?
4. Falls der Stadtrat die Veloachsen nicht in die Josefstrasse sondern in die Lagerstrasse legen möchte: wie soll der Anschluss entlang der Josefstrasse gestaltet werden? Wie soll der Übergang in die velowegfreie Pfingstweidautobahn via veloweglose Neue Hard aussehen? Falls der Veloweg über die Heinrichstrasse führen sollte, wie soll der Anschluss nach Zürich West passieren? (Die Heinrichstrasse endet in der Hardstrasse)
5. Wie ist der Stand der Umsetzung bezüglich Einführung von Velostrassen? (das sind Strassen auf denen das Velo gegenüber dem MIV Vortritt geniesst)
6. Wieso wird der Durchgangs-Verkehr des MIV auch nach Umgestaltung des halben Quartiers Aussersihl immer noch mitten durch das Quartier geführt?
7. Wo sind die zusätzlichen Grünflächen, die zum Verweilen einladen können, entstanden?

Mitteilung an den Stadtrat

468. 2014/344**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 29.10.2014:
Bessere Verkehrsführung an der Langstrasse, Hintergründe zur Umsetzungsplanung**

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 11. September 2003 hat Pro Velo Kanton Zürich eine Petition mit rund 9000 Unterschriften eingereicht für eine autofreie Langstrasse und damit eine Fuss, Velo und Bussachse mitten durch den Kreis 4.

Mit der überwiesenen Motion 2003/306 forderte auch der Gemeinderat analog zu dieser Petition eine autofreie Langstrasse. Der Stadtrat schwenkte schlussendlich mit der Weisung 2007/207 darauf ein und kündigte die Umsetzung des Begehrens an. Im Oktober 2007 folgte der Gemeinderat dem Stadtrat und stützte die entsprechende Weisung. Das war vor SIEBEN Jahren! Seit sieben Jahren warten nun Gemeinderat wie BewohnerInnen und Bewohner der Stadt Zürich vergeblich auf die Umsetzung dieses Beschlusses und das, obwohl das zugehörige Verkehrsregime längst rechtsgültig ist. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso mussten wir bis jetzt sieben Jahre warten auf die Umsetzung eines einfachen Verkehrsumleitungsbeschlusses? Ich bitte um detaillierte Stellungnahme was in welchem Jahr für Meilensteine erreicht wurden, resp. warum diese nicht erreicht wurden.
2. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung dieses Beschlusses?
3. Ist es üblich, dass ein einfacher Verkehrsregimewechsel über sieben Jahre dauern muss?
4. Wie gedenkt der Stadtrat den über 10'000 unterzeichnenden der Petition für eine autofreie Langstrasse diesen Prozess sinnstiftend zu erklären?
5. Bis wann können wir mit der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses rechnen? Falls das Datum nicht klar sein sollte, wieso nicht und was gedenkt der Stadtrat als nächste Schritte zu unternehmen um diesen Beschluss nun um zu setzen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**469. 2014/142****SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Sylvie Fee Matter (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 27. Oktober 2014):

Roger-Paul Speck (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

470. 2014/140**SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des rekonvaleszenten Joe A. Manser (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 27. Oktober 2014):

Patrick Hadi Huber (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

- 471. 2014/229**
Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 02.07.2014:
Belegung von Parkplätzen der blauen Zone für Bauarbeiten im Gebiet um den Landenbergpark, Ausmass und möglicher Realersatz

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 886 vom 22. Oktober 2014).

Nächste Sitzung: 5. November 2014, 17 Uhr.